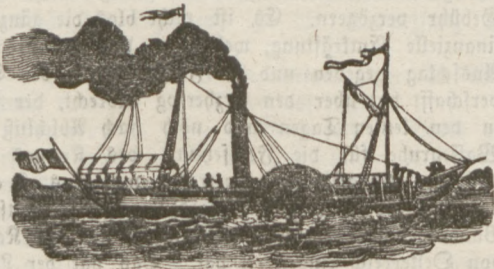


Danziger Dampfboot.

№ 174.

Montag, den 30. Juli.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschiffengasse Nr. 5. wie anwärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1866.

37ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr. Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: Kettemeyer's Centr.-Ztg.- u. Annonc.-Bureau. In Leipzig: Eugen Fort. S. Engler's Annonc.-Bureau. In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Bureau. In Hamburg, Frankf. a. M., Wien, Berlin, Basel u. Paris: Haasenstein & Vogler.

DANZIGER DAMPFBOOT.

Das Abonnement pro August und September beträgt hier 20 Sgr. Auswärtige wollen den Betrag incl. Postprovision mit 25 Sgr. direct an unsere Expedition franco einsenden; woselbst man auch pro August mit 10 Sgr. abonniren kann.

Telegraphische Depeschen.

Kiel Sonnabend 28. Juli.

Nach der „Kieler Zeitung“ wird die schleswig-holsteinische Ritterschaft am 3. August zusammentreten, um eine Adresse an den König von Preußen zu beraten.

Sonntag 29. Juli. Von dem Grafen Christian Rankau zu Oppendorf-Schönhorst und 38 großen Grundbesitzern ist an Se. Majestät den König von Preußen eine Petition um Aufnahme der Herzogthümer in den preussischen Staatsverband gerichtet worden.

Frankfurt a. M., Sonnabend 28. Juli.

Nach dem Austritt Sachsen-Meiningsens aus dem bisherigen Bunde ist das Meiningsche Infanterieregiment, welches in Mainz gestanden, durch einen Befehl des Herzogs in seine Heimath zurückgerufen worden. Nach dem zwischen dem Mainzer Gouvernement und dem Kommando des Kontingents abgeschlossenen Vertrage verläßt das Kontingent heute ohne Übergewehr die Festung und kehrt mit Genehmigung des preussischen Oberkommandos in Frankfurt von Petersheim an der Lounsbahn pr. Eisenbahn nach Meinings zurück. — Seit einigen Tagen ist der Erbprinz von Sachsen-Meinings hier anwesend.

Sonntag 29. Juli. Die aus Frankfurt datirte Depesche, in welcher der Senator v. Vernus in der Contributionsangelegenheit die Hilfe der auswärtigen Höfe angerufen hat, erregt vielseitig Mißfallen. Dieselbe kann nur als ein Privatschritt betrachtet werden, da Herr v. Vernus zur Zeit der Afsassung der Depesche in Frankfurt nicht anwesend war und eine Vollmacht zu einer solchen von keiner Seite erhalten hat. Die Depesche enthält daher mehrfache Irrthümer. Nicht der Senat und die übrigen Körperschaften der Stadt haben sich zur Afsassung einer Petition an Se. Maj. den König von Preußen geeinigt, sondern die Anrufung ging von der gesetzgebenden Versammlung aus. Auch die Behauptung, daß sich alle Banquiers vereinigt und erklärt hätten, ihre Zahlungen in Deutschland und im Auslande im Falle einer Erhebung der Contribution einzustellen, ist vollständig unbegründet. Die hier wohnenden Preußen haben nicht eine Deputation an den preussischen Commissarius geschickt, wie Herr v. Vernus behauptet, sondern eine Petition an Se. Maj. den König von Preußen gerichtet.

Der zum Civilcommissarius der Stadt Frankfurt nebst deren Gebiet ernannte Landrath von Madai hat heute die Geschäfte übernommen.

Wiesbaden, Sonnabend 28. Juli.

Die Adressen in Nassau an Se. Majestät den König von Preußen, welche in der Einverleibung des Herzogthums in Preußen eine Bedingung der Wohlfahrt Nassau's erkennen, mehren sich. In Dillenburg ist eine darauf bezügliche Adresse von angesehenen Personen, darunter von dem Präsidenten der Handelskammer und dem Bürgermeister, unterzeichnet und abgesandt worden.

Hof, Sonntag 29. Juli.

Die Avantgarde des zweiten Reservekorps hat Bayreuth besetzt. Der kommandirende General Großherzog von Mecklenburg trifft heute in Bayreuth ein. Die Avantgarde hat nur schwache feindliche Truppentheile vor sich; sie zersprengte gestern Morgens ein Bataillon Bayern; dieselben ließen 4 Offiziere, 305 Mann Gefangene und mehrere Tode zurück.

Der hiesige preussische Etappen-Kommandant trifft die Anordnungen für die Weiterbeförderung des Gros des Corps. Für Montag wird weiterer Vormarsch der unter dem Befehl des Großherzogs von Mecklenburg stehenden Truppen erwartet.

Der Großherzog von Mecklenburg hat im Namen des Königs von Preußen von Oberfranken Besitz genommen.

Aischaffenburg, Sonnabend 28. Juli.

Die Mainarmee unter General von Manteuffel steht vor Würzburg. Die preussischen Batterien beherrschen die Stadt. Der Feind will parlamentiren.

Prag, Sonntag 29. Juli.

Nach hierher gelangten Nachrichten haben österreichische Detachements aus Theresienstadt einen Strompfeiler der Elbbrücke gesprengt. Der Oberbau ist 15 Fuß gesenkt, 2 Oeffnungen circa 120 Fuß groß.

In Lubitz soll das dort stationirte preussische Kommando, 2 Offiziere 50 Mann, gefangen genommen sein, ebenso die Telegraphenbeamten. 1 Mann todt, mehrere verwundet. So meldet eine Privatdepesche.

Nikolsburg, Freitag 27. Juli.

Gestern sind die Friedenspräliminarien zum Abschluß gekommen, vorbehaltlich der Ratification. In Folge dessen ist die Fortdauer der Waffenruhe bis zum 2. August genehmigt worden; von diesem Tage an soll ein auf vier Wochen abgeschlossener Waffenstillstand in Kraft treten.

Der Waffenstillstand als solcher hat erst vom 2. August ab beginnen können, weil zu der am 26. Abends unterzeichneten Vereinbarung über denselben die Zustimmung Italiens erforderlich war. Durch die Verlängerung der Waffenruhe bis dahin wurde der Waffenstillstand antizipirt.

Sonntag 29. Juli. Der Waffenstillstand mit Bayern ist für den 2. August unterzeichnet.

Bukarest, Donnerstag 26. Juli.

Das Ministerium hat seine Demission gegeben; Fürst Johann Obika ist mit dem Präsidium und der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt.

Florenz, Sonnabend 28. Juli.

Das Ministerium hat dem Regenten ein Dekret zur Unterzeichnung vorgelegt, welches eine anderweite Organisation der Streitkräfte zur See bezweckt. Nach dem neuen Plane würde eine einzige Escadre gebildet, welche zwei Divisionen hätte, die „Operations-Flottille“ und die „Transport-Flottille.“ — Der Admiral Persano hat gebeten, seine Führung durch ein Kriegsgericht prüfen zu lassen. Die Seeoffiziere, welche ihre Pflicht nicht erfüllt haben, werden vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Das Flotten-Material wird einer genauen Untersuchung unterzogen.

Sonntag 29. Juli. Baron Nicasoli ist nach Ferrara abgereist, woselbst ein großer Minister- und Generalkonseil stattfinden wird. Bei den Unterhandlungen war die Zustimmung des italienischen Gesandten reservirt worden, welcher bei der Schwierigkeit des Verkehrs seine Instruktionen noch nicht erhalten hatte. Diese Instruktionen sind jetzt bereits abgeschickt worden. Die italienische Regierung autorisirt den Grafen Barral, einem vierwöchentlichen Waffen-

stillstand zuzustimmen und die zwischen Italien und Frankreich vereinbarten Bedingungen als Friedenspräliminarien zu stipuliren. Dieselben sichern die bedingungslose Vereinigung Venetiens mit Italien mittelst einer Volksabstimmung. Die Frage der Grenzregulirung bleibt den Friedensunterhandlungen vorbehalten. Nach der „Italie“ haben die Verhandlungen wegen des Abschlusses eines Waffenstillstandes zu einem für die Würde und die Interessen Italiens günstigen Resultate geführt. Das französische Gouvernement anerkennt das Recht der Bevölkerung Venetiens, ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Die Friedensverhandlungen würden direkt zwischen Italien, Oesterreich und Preußen geführt. — General Ciadini ist in Udine eingetroffen.

Toulon, Sonnabend 28. Juli.

In Folge einer hier ganz unerwartet eingetroffenen Depesche ist die Panzerflotte unverzüglich unter Segel gegangen. Ihre Bestimmung ist unbekannt.

Paris, Sonnabend 28. Juli.

Graf Karolyi hat seinem Kaiser die mit dem preussischen Bevollmächtigten vereinbarten Friedenspräliminarien überreicht.

Man will hier bereits Näheres über den Inhalt der Waffenstillstands-Bedingungen wissen; auch die Zeitungen bringen Detail-Mittheilungen, deren Bestätigung abzuwarten ist. Nach der „Patrie“ würde das Königreich Sachsen mit in die neue norddeutsche Konföderation eintreten. Als Grundlage für den Frieden zwischen Preußen und Bayern wäre nach demselben Platte verabredet, daß die Staaten südlich vom Main, nämlich: Bayern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt ihre vollständige Autonomie bewahren sollten, auch bliebe ihnen freigestellt, sich durch Verträge oder Konföderation zu vereinigen. Die Basis für den bevorstehenden Waffenstillstand zwischen Italien und Oesterreich wäre nach der „Patrie“ allgemeine Volksabstimmung Venetiens und Uebernahme eines proportionellen Theils der österreichischen Schuld durch Italien. Ein fernerer Vorschlag Italiens auf Erwerbung des trientinischen Gebiets soll wenig Chancen für eine Annahme haben.

Münchener Mittheilungen aus Rottendorf, vom 26. d. M., Abends 10 Uhr, melden: Bei dem heutigen Treffen waren bairischerseits die zweite und vierte Division engagirt. Die Bayern sind über den Main zurückgegangen. Das 7. und 8. Bundes-Corps sind bei Rottendorf concentrirt. — Aus Mannheim wird von gestern gemeldet, daß man in Mergentheim annimmt, die Preußen hätten Würzburg besetzt, da die Telegraphenlinie unterbrochen ist.

Der „Abendmoniteur“ meldet die Abreise des Kaisers nach Vichy. Drouin de l'Huy wird morgen dahin abgehen. — Nach Privatdepeschen aus Nikolsburg vom 27. wurde die Antwort Italiens am 28. Abends daselbst erwartet, was jedoch die Bevollmächtigten Preußens und Oesterreichs nicht abgehalten hat, den Waffenstillstand und die Friedenspräliminarien zu unterzeichnen.

Sonntag 29. Juli. Der „Abendmoniteur“ meldet: Das Mittelmeergeschwader ist heute in See gegangen, um seine Übungen fortzusetzen. Dasselbe wird sich am 15. August vor Ajaccio befinden.

Sonntag 29. Juli. Nach dem „Constitutionnel“ wären die zu Nikolsburg vereinbarten Arrangements die folgenden: Oesterreich bewahrt seine Integrität mit Ausnahme Venetiens. Das Königreich Sachsen bleibt erhalten. Oesterreich erkennt die Bildung eines norddeutschen Bundes unter Preußen an.

Die deutschen Südstaaten behalten ihre volle staatliche Unabhängigkeit. Es bleibt ihnen volle Freiheit, sich beliebig zu vereinigen. Oesterreich zahlt an Preußen 75 Millionen Francs Kriegskosten.

London, Sonnabend 28. Juli.

Aus Newfoundland wird gemeldet, daß das Uferende des Kabels glücklich in der Trinitybai gelandet und die Spleißung gestern Abend vollendet ist. Ein abgesandtes Beglückwünschungstelegramm ging zwischen Irland und Newfoundland auf's Schnelligste.

Kopenhagen, Sonnabend 28. Juli.

Heute Nachmittag 3 Uhr ist der Reichstag mit großem Gepränge geschlossen worden. Der König, der Kronprinz, sämtliche Minister und ein zahlreicher Hofstaat waren zugegen. Der König verlas vom Throne die Schlußrede, in welcher er den Mitgliedern des Reichstages für die glückliche Beendigung der langwierigen Verfassungswirren dankt und der Hoffnung auf ein ferneres gedeihliches Zusammenwirken Ausdruck giebt. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt. — Das neue Staatsgrundgesetz ist bereits vom Könige sanktionirt.

Kriegs = Rundschau.

Von der an der Donau lagernden Haupt-Armee werden wir nunmehr wahrscheinlich für längere Zeit, möglicherweise sogar endgiltig keine neuerlichen Waffenthaten zu melden haben. Der Waffenstillstand, welcher nach der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien abgeschlossen worden ist, setzt den kriegerischen Operationen zunächst ein Ziel.

Die Mainarmee kennt bis zum 2. August weder Waffenruhe noch Waffenstillstand; die Operationen auf jener Seite haben keine Unterbrechung gelitten, und der Vormarsch der Manteuffel'schen Division geht, unaufgehalten durch die Widerstandsversuche des Feindes, vor sich. Die letzten Gefechte am Main haben am 25. und 26. im Westen Würzburgs und südwestlich davon an der Tauber stattgefunden, und sind Bundes-truppen und Baiern bis hart an Würzburg herangedrängt worden, so daß nächstens Nachrichten über die Besetzung jener Stadt einlaufen müssen (s. Tel.)

Die Waffenruhe hat auch in Venetien und Südtirol die Feindseligkeiten aufhören gemacht, doch ist in der Nähe von Trient bis zum letzten Augenblicke mit großer Erbitterung gekämpft worden. Die Oesterreicher sind auch in den Nebenthälern der Val Sugana angegriffen worden und mußten ihre Streitkräfte bei Pergine zusammenziehen, um einer Ueberflügelung vom Süden her zu entgehen. Die Verluste werden beiderseits sehr verschieden angegeben, doch scheinen jene des Generals Medici geringer gewesen zu sein.

Auch die garibaldischen Freischaren im Westen Südtirols haben unmittelbar vor der Waffenruhe noch einen Schritt vorwärts gemacht, indem sie am 23. den übrigens unvertheidigten Griesübergang bei Cimigo besetzt haben. Am selben Tage soll ein Gefecht bei Bormio stattgefunden haben, zwischen italienischen Nationalgarden unter Guicciardi und Oesterreichern, über die Resultate ist aber Nichts bekannt.

Die cialdinische Hauptarmee soll schon über den Tagliamento hinaus, bis an den Isonzo vorgerückt sein, doch ist darüber Verlässliches nicht zu melden, außer daß die Oesterreicher ganz Friaul bis auf die kleine Festung Palma Nuova geräumt haben.

Politische Rundschau.

Der Abschluß des Waffenstillstandes führt die öffentliche Aufmerksamkeit von dem Felde der militärischen Aktion auf das der Diplomatie. Eingehendere Nachrichten über die Bedingungen liegen noch nicht vor, und es würde müßig sein, sich in Kombinationen ergehen zu wollen, da, nachdem das Projekt zur Thatsache geworden, die fehlenden Ergänzungen nicht lange ausbleiben werden.

Das Zustandekommen des Waffenstillstandes selbst, auf Grund von Friedenspräliminarien, hat Niemanden mehr überraschen können, aber die Nachricht rief allgemeine Freude hervor. Dies um so mehr, als noch immer die Besorgniß vorherrschend war, Oesterreich könne noch im letzten Moment die Vermittelungsversuche ablehnen. Der König kehrt mit den Ministern v. Bismarck und v. Roon in nächster Woche nach Berlin zurück. Auch das wirkt beruhigend; man erblickt darin eine weitere Gewähr für den Abschluß des Friedens. Zum Empfange des Königs werden mannigfache Vorkehrungen getroffen: der König soll in Berlin im Triumph einziehen. Mit der Reichsarmee ist ebenfalls ein Abkommen getroffen, schon weil der Großherzog von Baden, der ein Schwiegersohn des Königs ist, sich zum Vermittler aufgeworfen hat. Badens Stel-

lung zu Preußen war im Grunde nie eine aufrichtig feindliche. Der Großherzog von Baden ist, ganz abgesehen von der königlichen Verwandtschaft, ein Mann von Wort und Ehre.

Oesterreich und Preußen haben sich rüch über die Grundlage oder vielmehr über die Ausgangspunkte der Friedensunterhandlungen geeinigt, nachdem Franz Josef über das schmerzlichste Opfer zum Entschlusse gekommen war, nachdem er darenin gewilligt hatte, der Neugestaltung Deutschlands fremd bleiben zu wollen. Oesterreich wird wohl in den Einzelheiten noch hier und da Schwierigkeiten machen, schließlich aber den Friedensabschluß nicht über Gebühr verzögern. Es ist nicht blos die gänzliche finanzielle Entkräftigung, welche in der Hofburg den Ausschlag gegeben und der Friedenspartei den Sieg verschafft hat über den Erzherzog Albrecht, der auch in den letzten Tagen und noch nach Abschluß der Waffenruhe für die Fortsetzung des Krieges mit äußerster Lebhaftigkeit eingetreten war: es ist auch das Mißbehagen über die Kriegsführung der deutschen Bundesgenossen, welches bestimmend auf den Kaiser von Oesterreich eingewirkt hat. Das hat der Lothringer mit seinen Bundesgenossen auszumachen, welche ihrerseits den österreichischen Verbündeten anklagen, daß er sie schimpflich im Stiche lasse.

Während also direct Nachrichten aus Wien, wie aus dem preussischen Hauptquartier, auf einen baldigen Abschluß des Friedens unter möglichst günstigen Bedingungen für Preußen hindeuten, wollen Pariser Briefe immer noch Schwierigkeiten in den Hintergrund stellen, welche den Wiederausbruch der Feindseligkeiten als sehr möglich erscheinen lassen. So schreibt man, die Lage der Dinge sei deshalb eine so schwierige und die Unterhandlungen gingen deshalb so langsam vorwärts, weil keine der drei kriegführenden Mächte befriedigt sei: Oesterreich aus leicht erklärlichen Gründen eben so wenig wie Italien, welches vor den Thoren von Trient stehe und darauf beharre, auch Südtirol zu erlangen, ebensowohl um die öffentliche Meinung in Italien zufrieden zu stellen, als um strategische Grenzen zu gewinnen, die es ihm möglich machen, zu entwaffnen und Ordnung in seine Finanzwirtschaft zu bringen. Was Preußen anbelangt, so soll es auch nicht befriedigt sein, weil es in seinem Siegeslaufe gehemmt ist und nicht so günstige Resultate erzielen kann, als es grade wegen seiner rasch aufeinander folgenden Siege zu erwarten berechtigt wäre. Die Kriegsparteien an den drei beteiligten Höfen hielten sich deshalb auch noch lange nicht für geschlagen: in Wien nicht, und noch viel weniger in der Umgebung des Königs von Preußen. Kurz — in Paris hegt man Besorgnisse wegen der Zukunft, selbst wenn der Frieden jetzt abgeschlossen würde. Napoleon mag selbst aus guten Gründen diesem Frieden nicht trauen. Er fühlt es nicht nur, sondern er hört es schon sehr vernehmlich, daß er als Vermittler gewesen, daß er Preußens Zugeständnisse abgerungen hat, welche dem Volke jenseit des Rheins grade deshalb so verlegend erscheinen, weil er der Helfershelfer Oesterreichs gewesen ist. Er fühlt es, daß der Zeitpunkt kommen wird, wo das deutsche Volk, der Trennung zwischen Nord und Süd überdrüssig, seinen Einmischungsgelüsten die Vermittlermaske abzureißen sich zusammenrafft, wo er dann um seine Dynastie zu kämpfen haben wird: er allein gegen ganz Europa! Es wird ihm in Deutschland übel vermerkt, daß er sich der flüchtigen Fürsten so sehr annimmt, daß er, namentlich in Betreff des Königs von Sachsen, den clericalen und legitimistischen Einflüsterungen in Paris so willig Gehör schenkt, daß er endlich in diesem Augenblicke schon erklären läßt, er werde zur gegebenen Zeit aus der Vermittlerrolle heraustrreten, und es werde dann der zweite Act des deutsch-italienischen Krieges beginnen. In diesem zweiten Acte würden Frankreich und mit ihm ganz Europa Richter werden; es würde sich dann darum handeln, zu untersuchen, ob das europäische Gleichgewicht nicht gestört und ob die Garantien nicht geschwächt seien, welche die französischen Rechte und Interessen erheischen.

Wir bemerkten weiter oben, daß die Bundesgenossen Oesterreichs sich beklagen, von dem Lothringer im Stiche gelassen worden zu sein. Dieser Klage begegnen wir in allen süddeutschen Organen ohne Ausnahme: je nach der Stellung der Zeitung ist der Vorwurf mehr oder minder heftig ausgesprochen. Zu dieser Klage gesellt sich aber auch das bedenkliche Symptom einer tiefen Mißstimmung gegen die Fürsten. Man sieht in der Trennung von Nord und Süd eine Strafe für die Schwäche und Blindheit, womit das deutsche Volk und mehr noch seine Fürsten die Katastrophe haben herbeiführen helfen. Am Empfindlichsten fühlt sich Baden getroffen, und hier wirft man die Frage auf, welchen „Dank vom Hause Habsburg“ das Land denn noch ferner ver-

diene, wenn Oesterreich in Deutschland abdankt, wenn es einen Waffenstillstand abschließt, ohne seine Bundesgenossen auch nur davon zu benachrichtigen, daß es für sie nicht gilt, und wenn dann im Herzen Deutschlands der Krieg fortwüthet, für — ein Recht, welches Oesterreich selber aufgegeben hat?

Berlin, 28. Juli.

— Das königliche Hauptquartier wird in den nächsten Tagen nach Berlin verlegt werden. Einen oder zwei Tage nach dem Eintreffen des Königs hier selbst soll der Landtag eröffnet werden.

— Da der König den Landtag in Person eröffnen will, werden wohl die Kammern vor Ende dieser Woche nicht zusammentreten. Es sind dazu noch mancherlei Vorbereitungen nöthig; wir nennen nur die Berathung der Thronrede, die letzte Redaction der Gesamtentwürfe und namentlich die Abfassung der Motive zu den politischen Vorlagen, zu denen in erster Reihe der Entwurf eines Wahlgesetzes für das deutsche Parlament gehört.

— Ueber den Inhalt der Thronrede wird Folgendes geschrieben: Es liegt auf der Hand, daß die kriegerischen Ereignisse den Schwerpunkt der Thronrede bilden werden, die nach Angabe informirter Personen auch Andeutungen enthalten wird über die Neugestaltung Deutschlands, wie das Kabinet des Königs unter Anderm durch das Deutsche Parlament sie erstrebt. Die Ankündigung einer Anleihe zur Deckung der Kriegskosten wird mit dem Ausdruck des vollsten Vertrauens in den patriotischen Sinn des Volkes und seiner Vertretung eingefügt werden; auch die Erwartung, daß Angesichts der großen Aufgaben, die Preußen nunmehr zufallen, die früheren Differenzen zwischen der Regierung des Königs und einem Factor der Gesetzgebung verschwinden werden. Ein ausdrücklicher Hinweis auf die Bereitwilligkeit der Regierung, sich über die streitigen Verfassungsbestimmungen mit dem Abgeordnetenhaus zu verständigen, dürfte in der Thronrede nicht zu finden sein. Bezüglich der Darlehenskassenscheine wird dieselbe Reservation der ministeriellen Ansicht hervortreten, die aus den officiösen Mittheilungen schon bekannt ist. Eine prononcirt feindliche Tendenz gegen Oesterreich wird nicht erwartet, da sie den Verhandlungen Eintrag thun würde, worgegen unumwundener und bestimmter der Zornwürnisse mit den Mittelstaaten gedacht werden möchte, auch wenn, wie es jetzt der Fall ist, ein Waffenstillstand mit der Reichsarmee ebenfalls zu Stande kommt. Die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten können als die besten ausgegeben werden, sogar nicht ohne Anerkennung der Neutralität, die sie in dem Deutschen Kriege bewahrt haben.

— Die von der Thronrede zu erwartenden „Concessionen“ sollen nach den günstigsten Nachrichten darin bestehen, daß erklärt würde, die Militärfrage sei als erledigt anzusehen. Was den Streit über das Budget angehe, so erkenne die Regierung an, daß der Zustand ein nothgedrungen ungesetzlicher war, und sie suche deshalb eine Idemnität nach. Die Bestätigung ist abzuwarten, und es darf fraglich erscheinen, ob der Conflict damit erledigt sein wird.

— Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß in der nächsten Session alle Parteien zu einer Adresse an den König sich vereinigen werden.

— Der heutige „Staatsanzeiger“ schreibt: Der Finanzminister weist die Regierungen an, Denjenigen, welche aus patriotischer Hingebung der Staatskasse Geldmittel unverzinslich zur Verfügung gestellt haben, da die Umstände inzwischen eine überaus befriedigende Wendung genommen haben, die eingezahlten Gelder unter wiederholter Dankbezeugung zur Abhebung bereit zu stellen und neue Einzahlungen nicht weiter anzunehmen.

— Der „Staatsanzeiger“ ist zu der Erklärung veranlaßt, daß ein Theil der vaterländischen Presse, welcher dafür agitirt, daß Preußen die mit seinen Verbündeten beabsichtigte bundesstaatliche Einrichtung auch auf die süddeutschen Staaten ausdehne, nachtheilig auf die schwebenden Friedensverhandlungen einwirken und dieselben ernstlich gefährden kann. Letztere müssen zunächst darauf gerichtet sein, die von Preußen mit dem Blute seiner Söhne und mit ungeheuern Opfern erkämpfte Territorialeinheit in Nord- und Mitteldeutschland für immer sicher zu stellen, um dadurch endlich zu erlangen, was unsere Väter im Jahre 1815 nach den großen Freiheitskriegen nicht zu erlangen vermochten. Sodann wird es sich darum handeln, mit unseren Verbündeten in Nord- und Mitteldeutschland einen Bundesstaat zu gründen. Die Regelung der Verhältnisse mit den Staaten südlich vom Main, mit welchen Preußen im Kriege ist, kann ohne Gefährdung wesentlicher Interessen der Folgezeit vorbehalten bleiben.

